

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

10.5.1928 (No. 110)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfachkonto Nr. 3515

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Berantworlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorverleitet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Stresemanns 50. Geburtstag

Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird heute 50 Jahre alt. Die Presse beschäftigt sich, zum Teil in längerer Art, mit seiner politischen Arbeit und nimmt, je nach der politischen Einstellung für oder gegen ihn Stellung.

Die rechtsstehende Presse äußert sich zum Teil scharf kritisch zu seinen Leistungen. Der „Vorwärts“ weist darauf hin, daß Dr. Stresemann trotz überausreicher Leistungen in wichtigen Fragen der Außenpolitik sein politischer Gegner sei. Er sei aber ein kluger politischer Gegner und als solcher willkommen. — Das „Berliner Tageblatt“, das dem Außenpolitiker Dr. Stresemann zustimmt, hebt hervor, daß es das Lob dem Innenpolitiker nicht unbedingt geben könne. Graf Coudenhove-Kalergi, der in der „Voss. Ztg.“ unter der Überschrift: „Stresemann, der Europäer“, einen Geburtstagsartikel schreibt, nennt Deutschlands Erneuerung das erste große Werk Dr. Stresemanns. Sein zweites sei die Arbeit für den europäischen Frieden. Er bekenne sich zum Morgen, aber nie zum Abendmorgen. Es sei unrichtig, ihn als den glücklichen Fortsetzer der Erfüllungspolitik von Bismarck und Rathenau zu bezeichnen, deren theoretische und auf irrümliche Abschätzung unserer Gegner beruhende Erfüllungspolitik mit dem Mährisch-Schlesien geschlitten habe, während Dr. Stresemann stets für aktive Annäherung- und Gleichberechtigungspolitik, Leistung der Kriegsentwicklungsgegen die Gegenleistung der Erleichterung unserer Lasten und Lösung unserer Fesseln eingetreten sei, und seinen Weg mit Erfolg zu beschreiten vermochte. Auch die „Deutsche Allg. Zeitung“ hebt die Verdienste Dr. Stresemanns um Deutschlands Wiederaufstieg hervor und fragt: wo wäre das Deutsche Reich heute, wenn Stresemann 1923, als viele verzagten, nicht seinen Optimismus behalten hätte?

Fürst Bülow über Stresemann

Im Berliner „Achtuhr-Abendblatt“ schreibt Fürst Bülow über Dr. Stresemann u. a.:

Wenn weite Kreise des deutschen Volkes heute mit Dank und Achtung des Staatsmannes gedenken, der seit vier Jahren unter den schwierigsten Verhältnissen unsere auswärtige Politik führt, so sollte das selbstverständlich erscheinen. Deutschlands Außenminister kämpft aber zur Zeit um die innerpolitische Stellung seiner Partei, und die Wogen von Unsicherheit und Verunsicherung, die in jedem Wahlkampf ein Land zu überfluten pflegen, lassen ein besonnenes Urteil schwer ausfallen. Die Entwicklung Stresemanns hat die Erwartungen bestätigt, die auf ihn gesetzt wurden. Er ist die markanteste Figur des neuen parlamentarischen Deutschlands geworden und hat als Außenminister Qualitäten gezeigt, die ihm im Ausland Beachtung verschaffen. Seine Auffassung von nationaler Würde ist geradlinig. Stresemann hat auf einem glatten Boden mit scharfer und kluger Taktik viel für Deutschland erreicht, all den vielen Schwierigkeiten zum Trotz, die sich ihm wiederholt von außenher entgegenstellten, und der Widerstände ungeachtet, die ihm im eigenen Lande erwuchsen. Man glaubt dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann, daß Deutschland den Frieden will. Ohne jemals etwas der Außenwürde des Deutschen Reiches zu vergeben, hat Dr. Stresemann es verstanden, eine fernere Position aufzugeben, um eine nähere, notwendige, zu erreichen. Ein Staatsmann von solchen Eigenschaften ist ein Besitz, den Deutschland sich zu sichern und zu erhalten Anlaß hat.

Wiener Blätterstimmen

Wien, 10. Mai (Tel.) Am heutigen 50. Geburtstag Dr. Stresemanns gedenken die Blätter des Reichsaußenministers und bringen Artikel, in denen seine Entwicklung zum Politiker und Staatsmann geschildert und seine hohe Bedeutung für Deutschland, Europa und die ganze Welt gewürdigt wird. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Wir in Österreich hoffen, es werde ihm auch gelingen, das Ziel der nationalen Sehnsucht der Erfüllung anzunähern und die Bande zwischen uns und dem Reich noch fester und inniger zu gestalten. — Im „Neuen Wiener Journal“ schreibt Dr. Erwin Stöckor unter dem Titel: „Bismarcks Erbe“: „Fast drei Jahrzehnte nach Bismarcks Abgang und 20 Jahre nach seinem Tode steht Deutschland wieder groß und mächtig da. Was die Nachfolger des Eisernen Kanzlers durch die Politik der Faust zerstörten, ist wieder aufgerichtet durch die Friedenspolitik Stresemanns. Bismarcks Erbe hält ohne Allianzen und ohne schimmernde Beize die Erbschaft fest, die sein großer Vorfahre hinterließ.“ Die „Europäische Revue“ ist als Sonderfestnummer zu Ehren Stresemanns erschienen.

Der Neubau der Reichskanzlei. Am 18. Mai kann die Reichskanzlei in Berlin auf ihr 50jähriges Bestehen zurückblicken. Nachdem nunmehr der Neubau auf dem Nebengrundstück des alten Gebäudes gesichert ist, wird am 18. Mai, also am Jubiläumstage die Grundsteinlegung zum Neubau mittags um 12 1/2 Uhr in feierlicher Form vollzogen werden. Auch Reichspräsident von Hindenburg hat sein Erscheinen zugesagt. Nach der Grundsteinlegung findet in der Reichskanzlei auf Einladung des Reichskanzlers ein Frühstück statt.

Austritte aus dem Lenin-Bund. Wie die Berliner „Welt am Abend“ meldet, sind die Mitglieder der Reichsleitung des Lenin-Bundes (in die Kommunisten) Maslow, Ruth Fischer und Scholem aus dem Lenin-Bund ausgetreten. Sie richten an die Mitglieder des Lenin-Bundes einen Aufruf, die kommunistische Partei im Wahlkampf zu unterstützen und am 20. Mai nicht die Liste des Lenin-Bundes, sondern die Liste der SPD, zu wählen. Die Reichsleitung des Lenin-Bundes demotiviert die Nachricht, daß die linken Kommunisten auf eine Wahlbeteiligung verzichten und die Liste Nr. 8 zurückgezogen hätten, und erklärt Meldungen über eine angebliche Spaltung des Lenin-Bundes für freie Erfindungen.

Letzte Nachrichten

Um die Erhöhung der Eisenpreise

WTB, Berlin, 10. Mai (Tel.) In Vertretung des zur Zeit von Berlin abwesenden Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius empfangt Staatssekretär Dr. Trendelenburg gestern im Reichswirtschaftsministerium Vertreter der eisenverarbeitenden Industrie sowie der in der Arbeitsgemeinschaft der eisenverarbeitenden Industrie zusammengeschlossenen Gruppen zu Besprechungen über die in Aussicht genommene Erhöhung der Eisenpreise.

Die Vertreter der eisenverarbeitenden Industrie legten dar, daß sie von einer Erhöhung der Preise für Hoheisen absehen wollten. Die von ihnen für Walzwerkfabrikate vorgesehene Preiserhöhungen seien zu berechnen, daß sie lediglich die Erhöhung der Selbstkosten für Kohle berücksichtigen. Die Vertreter der eisenverarbeitenden Industrie erklärten, daß die beabsichtigte Erhöhung der Eisenpreise angesichts der rückläufigen Beschäftigung der eisenverarbeitenden Industrie voraussichtlich sehr ungünstig auf die Geschäftslage wirken werde, daß sie aber auf Grund der am 7. Mai in Düsseldorf von der eisenverarbeitenden Industrie ihnen gegebenen Unterlagen und Erklärungen Einwendungen gegen die von der Eisenindustrie angelegte Berechnung der Selbstkosten nicht zu erheben hätten. Die eisenverarbeitende Industrie hat jedoch darauf hingewiesen, daß bei dieser Preiserhöhung eine Revision der Qualitätsüberpreise stattfinden müsse und welche Bedeutung sie dieser Regelung beimesse. In Düsseldorf ist unter den Beteiligten vereinbart worden, daß mit möglichst kurzer Frist in gemeinsamer Besprechung festgestellt wird, inwieweit Ermäßigungen der bisherigen Qualitätsüberpreise vorgenommen werden können.

Staatssekretär Dr. Trendelenburg nahm diese Darlegungen mit der Bemerkung entgegen, daß der Regierung die Stellungnahme zu der in der letzten Veränderung der Kohlen- und Eisenwirtschaft geschaffenen Lage in jeder Beziehung vorbehalten müsse.

Die chinesisch-japanischen Kämpfe

WTB, London, 10. Mai (Neuer-Zel.) Wie aus Tsingtau gemeldet wird, hat die japanische Brigade unter General Toyama bei ihrem Kampfe mit starken, von General Tschentiaohuan geführten südchinesischen Truppen vor Tsingtau vier Tote und 20 Verwundete zu verzeichnen. Die Chinesen erlitten schwere Verluste. Die Kämpfe dauern noch an.

Brag und Moskau

WTB, London, 10. Mai (Tel.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ will erfahren haben, daß die tschechoslowakische Regierung den baldigen Abschluß eines Vertrages mit Sowjetrußland erwägt, der die vollen diplomatischen Beziehungen zwischen Prag und Moskau wieder herstellen würde. Der Korrespondent sagt, tatsächlich hätten beide Länder schon einmal unmittelbar vor dem Abschluß eines solchen Vertrages gestanden, aber Prag habe damals im Hinblick auf den gerade erfolgten englisch-russischen Bruch die Verhandlungen aufgehoben.

Eine Niederlage der polnischen Regierung

WTB, Warschau, 10. Mai (Tel.) Zu dem schon seit Monaten währenden Streit zwischen Landtag und Regierung, ob der Sejm das Recht habe, Dekrete des Staatspräsidenten mittels einfacher Beschlüsse aufzuheben, während die Regierung auf dem Standpunkt steht, daß hierzu ein eigens von Sejm und Senat verabschiedetes Gesetz notwendig ist, wurde gestern im vereinigten Rechts- und Verfassungsausschuß des Landtages ein wichtiger Beschluß gefaßt. Dem Antrag des Berichterstatters, des Sozialdemokraten Liebermann, daß Verordnungen des Präsidenten durch den Sejm lasstiert werden können, wurde mit 19 gegen 12 Stimmen stattgegeben, während ein entgegengelegter Antrag eines Abgeordneten des Regierungsbüros verworfen wurde.

Abflug der „Bremen“-Flieger von New York

WTB, New York, 10. Mai (Tel.) Die „Bremen“-Flieger starteten gestern vormittag 10.40 Uhr mit dem Junkersflugzeug F 13 auf dem Flugplatz Curtistield zu dem geplanten Rundflug. Die erste Etappe des Fluges geht nach Philadelphia.

Die „Bremen“-Flieger, die gestern mit durch Sturm, Nebel und schwere Wolkendecke verursachter Verspätung auf dem Flugfeld in Philadelphia eintrafen. Sie fuhren unter dem fortgesetzten Jubel der Bevölkerung im Auto durch die mit den Flaggen Amerikas, Irlands und Deutschlands und den Bildern der Flieger geschmückten Straßen zur Freiheitshalle, wo sie einen Kranz niederlegten, und besuchten darauf Benjamin Franklins Grab. Später folgten sie einer Einladung der Handelskammer zu einem Frühstück. Nachmittags besuchten sie ein Theater, wo Lichtbilder von ihrer Landung in Philadelphia sowie alle Aufnahmen seit ihrer Landung in Greenly Island vorgeführt wurden. Abends wurde den Fliegern zu Ehren von den irischen und den deutschen Gesellschaften ein Festbankett veranstaltet.

Reichsminister Curtius erkrankt. Die für Dienstag abend in Birmasen angelegte Bahre des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius mußte wegen plötzlicher Erkrankung des Referenten ausfallen.

Der Kampf um Schantung

Wir halten es für unsere Pflicht, immer wieder von neuem vor Nachrichten zu warnen, die aus japanischer Quelle nach dem Abendlande dringen. Alle diese Nachrichten sind nicht schwer zu erkennen: sie alle bemühen sich, die ganze Schuld an den Zusammenstößen in und bei Tsingtau einzig und allein auf die Südhinesen abzuwälzen, die Dinge so darzustellen, als ob Japan lediglich seine bedrohten Rechte schütze, und den Eindruck zu erwecken, daß das Vorgehen Japans, weil notwendig und unerläßlich, von den übrigen Großmächten nicht gemißbilligt werde. Dieser Tage konnte man z. B. in der Presse lesen, daß Nordamerika das Vorgehen Japans durchaus verstehe und billige. Wir haben von vornherein Zweifel in diese Meldung gesetzt. Und diese Zweifel haben sich nur zu schnell bestätigt.

Rund das Gegenteil ist wahr: Washington hat offenbar in aller Form die japanische Regierung gewarnt, sich mit gar zu großer Hastigkeit in das chinesische Abenteuer zu stürzen. Und, wenn wirklich die Regierung der Vereinigten Staaten die Zahl ihrer Schiffe in ostasiatischen Gewässern und die Zahl ihrer Truppen in China selbst verstärkt, so geschieht das bestimmt nicht deshalb, um den Japanern womöglich noch zu Hilfe zu eilen, sondern um für alle Fälle gerüstet zu sein und den Japanern zur Not in den Arm fallen zu können.

Jeder Mensch, der nur mit einiger Aufmerksamkeit die Entwicklung der Weltpolitik in der letzten Zeit verfolgt hat, muß sich darüber klar sein, daß die an China interessierten Großmächte, vor allem aber Amerika, England und Rußland, es nicht dulden werden, daß Japan sich in den Besitz der Provinz Schantung setzt. Jede dieser Großmächte geht dabei von ihrem besonderen Standpunkt aus; aber in einem Punkt sind sich alle diese Großmächte einig, nämlich in dem Wunsch, die Auffaugung Chinas durch Japan zu verhindern.

Die Japaner treiben ein gefährliches Spiel in China. Daß es bei ihnen gelegen hätte, die Zusammenstöße zu vermeiden, versteht sich ganz von selbst. Wären sie hübsch in der Kiautschoubucht geblieben, und hätten sie den japanischen Untertanen in Tsingtau befohlen, entweder die Stadt zu verlassen oder sich völlig ruhig zu verhalten, so wäre es sicherlich zu keinem Konflikt gekommen. Nur einzusehen, daß Dschiangkaiſchek, wenn er erfolgreich gegen Peking vorrücken will, den größten Teil der Provinz Schantung und somit auch Tsingtau, besetzen muß, gehört nicht viel strategische Begabung. Und natürlich wissen auch die Japaner ganz genau, daß Dschiangkaiſchek strategisch nicht anders handeln konnte, als er gehandelt hat. Liegen sie es trotzdem zu Zusammenstößen kommen, so geschah das planmäßig.

Und ihr Plan ist leicht zu durchschauen: sie wünschen nicht, daß Dschiangkaiſchek und mit ihm die nationalistische Regierung des Südens über den Norden triumphiert, und so ein einiges China schafft, und sie wollen unter allen Umständen den Versuch wagen, die Schantungsbahnen in ihren Besitz zu bringen, um dann näher von einem etwa geeinigten China die dauernde Überlassung dieser Bahnen oder des größten Teils der Provinz fordern zu können. Wahrscheinlich aber möchten sie am liebsten aufs Ganze gehen und die Offensive Dschiangkaiſcheks gegen Peking überhaupt zu vereiteln.

Damit haben sie ganz einseitig Partei ergriffen, gegen die Südregerung, und mittelbar für die Nordregierung in Peking. Dschiangkaiſchek hat sich durch all das nicht beirren lassen. Er hat den Kampf mit den Japanern nicht gescheut und ist neuerdings mit der Hauptarmee seines Heeres weiter gegen Norden gerückt. Mit diesem seinem Verhalten hat er zweifellos in den Augen aller Chinesen sich selbst und der von ihm vertretenen Sache außerordentlich genützt. Denn der Japaner ist in China gehaßt und gefürchtet. Jeder Erfolg der von einem Chinesen den Japanern gegenüber errungen wird, gilt als ein nationaler Erfolg.

Hat die Konsequenz im Handeln Dschiangkaiſcheks nach Osten hin einstweilen gute Früchte getragen, so scheint sie auch nach Norden hin nicht ohne starken Eindruck geblieben zu sein. Denn nach den neuesten Meldungen hat Marshall Tschangsolin, der Nachfolger von Peking, durch eine Runddepeſche in ganz China die zeitweilige Einstellung des gegenwärtigen Bürgerkrieges angeregt, zum Zwecke der Anbahnung einer Zusammenarbeit zwischen Nord- und Südhinesen. Wenn dahinter nicht eine ganz bestimmte List steckt oder der Versuch, Zeit zu gewinnen,

nen, so bedeutet diese Rundbesuche nichts anderes als ein inoffizielles Gefuch um Waffenstillstand und damit das Eingeständnis, daß Tschanghsolin seine Sache verloren gibt. Eine weitere Meldung besagt denn auch, daß Tschanghsolin Anstalten treffe, Peking zu räumen und sich in die Mandchurei zurückzuziehen.

Was wird nun Japan tun? Einstweilen hat es sich mit 26.000 Mann Landtruppen, 19 Kriegsschiffen und 14 Flugzeugen in Schantung engagiert. Sowohl in Washington wie in London betrachtet man begreiflicherweise ein solches Truppenaufgebot mit Unmut und mit Besorgnis. In China selbst aber wächst die antijapanische Stimmung von Tag zu Tag. Die chinesischen Gewerkschaften, Arbeiter und Studenten fordern bereits den allgemeinen, gegen Japan gerichteten Wirtschaftsbott.

Aus dem Colmarer Autonomistenprozeß

In der Verhandlung am Mittwoch sagte der angeklagte Abbe Fakhauer u. a. aus, es werde ein Zeuge erscheinen, der aussagen werde, daß Poincaré die Frage erwogen habe, ob es nicht möglich sei, die „Vollstimme“ durch gerichtliches Urteile, beispielsweise wegen Verleumdung, zu ruinieren. So sei sie in dem von der Aktion Française angeklagten Prozeß zu 32.000 Franken Geldstrafe verurteilt worden. Der Angeklagte wendet sich sodann gegen die Behauptung des Zeugen Bauer, daß auf Betreiben des autonomistischen Flügel der katholisch-republikanischen Volksvereinigung die Förderung der Zweisprachigkeit und der Verwaltungsautonomie in das Parteiprogramm aufgenommen worden sei. Er verweist das Programm anderer Parteien vom Jahre 1919, das diese beiden Forderungen schon enthält. Wenn der Zeuge Bauer ihm seine Reise ins Ausland aus dem Jahre 1926 zum Vorwurf machen wolle, so sei das selbstverständlich; denn er sei viel in allen Ländern gereist, um sich über die Schulreform in den einzelnen Ländern zu unterrichten.

Rechtsanwalt Jourrier zitiert ohne nähere Bestimmung eine Äußerung, in der gesagt wird, die Verwaltung verheße nichts von Hof-Vorfällen, es seien ungeheure Ungeheuerlichkeiten begangen worden. Jourrier fragt nun den Zeugen Bauer, was er, der die Lage im Hof genau kenne, von dieser Äußerung, die sich mit den Aussagen Rostes dem Sinne nach decke, denke. Bauer antwortet ausweichend. Daraufhin erklärt Jourrier: „Die von mir eben zitierten Worte stammen aus einer Rede Raymond Poincarés im Senat.“ — Die Weiterverhandlung wurde schließlich vertagt.

W.W. Colmar, 10. Mai. (Tel.) Zu Beginn der heutigen Sitzung gab der Staatsanwalt eine Erklärung ab: Es beginne der 10. Verhandlungstag. Wo stehen und wohin gehen wir? Bis jetzt sei ein einziger Angeklagter verhört worden; denn das Verhör des zweiten ist kaum begonnen worden. 18 Angeklagte sind noch zu vernehmen, ferner 300 Zeugen. 30 Anträge sind bis jetzt gestellt. Der letzte Belastungszeuge kann, wenn weiter so fortgefahren werde, Ende Juni vernommen werden. Dann könnte der erste Entlastungszeuge von den 250 kommen. Er werde beweisen, daß sich die Angeklagten dahin verständigt haben, die Regierungsform zu ändern, und die Bürger aufgefordert haben, sich gegen die Regierung zu bewaffnen. Man könnte schneller zum Ziele kommen, nämlich wenn beide Parteien, die Anklage und die Verteidigung, auf das Hauptverhör verzichten würden. Er würde sich verpflichten, keine einzige Zeile zu verlesen, die nicht in den Akten zu finden ist. Wenn dieser Vorschlag nicht angenommen werden würde, würde ich vorschlagen, nur eine gewisse Anzahl von Zeugen beiderseits vernommen zu lassen, um schneller zum Ziele zu gelangen. — Nach diesen Worten des Staatsanwalts wurde die Sitzung auf kurze Zeit unterbrochen, um den Anwälten Gelegenheit zu geben, sich über den Vorschlag zu beraten.

Der im Colmarer Prozeß als Geldgeber für die Autonomisten genannte Rechtsanwalt Dr. Eugen Wilby in Jossingen erklärt in der „Zürcher Post“: „Es handelt sich bei dem Vorleben von 100.000 Franken an die Buchdruckerei „Erwinia“ in Straßburg im Jahre 1926 um ein Geldgeschäft, wie es in den letzten Jahren von der Schweiz aus in unzähligen Fällen abgeschlossen worden ist. Es ist daran nur Schweizer Geld beteiligt. Die Summe wurde überdies größtenteils zur Bezahlung von in der Schweiz erworbenen Maschinen verwendet.“

W.W. Paris, 10. Mai. (Tel.) Der nach Colmar entsandte Richterleiter des „Petit Parisien“ berichtet, daß gestern abend das Gericht von einem Theatercoup, durch den der Autonomistenprozeß, wenn nicht beendet, so doch in eigenartiger Weise abgelenkt werden könnte, verbreitet gewesen sei. — Der Sonderberichterstatter des „Deuxième“ in Colmar kommt zu folgendem Urteil: Wer versteht nach achtstündiger Verhandlung noch etwas von diesem Prozeß? Man hat von Anfang an alles so durcheinandergewirrt, daß niemand ehrlicherweise sagen könnte, daß er einen Eindruck gewonnen habe, es sei denn, den Eindruck des Leerens. — Nach einigen Blättern sollen die Geschworenen die Absicht haben, den Gerichtshof zu ersuchen, die Debatte abzukürzen.

Stillelegung einer Saargrube. Wie aus Saarbrücken gemeldet wird, soll die Förderung auf dem Gegenort-Schacht, Abteilung Kohlwald, eingestellt werden. Die Stillelegung, die für einen späteren Zeitpunkt in Aussicht genommen war, mußte schon jetzt durchgeführt werden, weil sich infolge des Raubbaues die Sicherheitsverhältnisse so verschlechtert haben, daß die Verantwortung für die Bergleute ablehnt.

In der Antwort Italiens auf den Kelloggsvorschlag wird, wie die Londoner „Times“ melden, der amerikanische Antikriegspakt mit lobhafter Sympathie begrüßt, und die herzliche Mitarbeit zur Erreichung einer Vereinbarung angeboten.

Ausweisung russischer Emigranten aus Polen? Die „Gazeta Warszawska“ verbreitet das bisher unbefestigte Gerücht, daß im Zusammenhang mit dem Attentat auf den Handelsrat der Warschauer Vertretung der Sowjetunion mehrere russische Emigranten ausgewiesen werden sollen.

Verurteilung italienischer Kommunisten. Das Sondergericht in Rom verhandelte gegen eine Gruppe von Leuten aus Trient, die angeklagt waren, an einer Geheimorganisation der kommunistischen Partei beteiligt gewesen zu sein. Die Angeklagten, die die Verfassung mit Gewalt beseitigen wollten, und umstürzlerische Propaganda betrieben haben, wurden zu Gefängnisstrafen von 6 bis 9 Jahren verurteilt.

Polnischer Schiedsgerichtsvertragsvorschlag an Litauen. Polen hat Litauen den Entwurf eines Nichtangriffspaktes und Schiedsgerichtsvertrags überreicht.

Die Verste über Reichswahlen und -abstimmungen nebst der Reichstimmordnung. Textausgabe nach dem Stande vom 1. Mai 1928. IV, 80 Seiten H. 8°. München 1928. C. S. Wed. Kartontext 1,50 M.

Aus der Wahlbewegung

Die Kandidaten für den badischen 32. Reichstagswahlkreis.

Wir bringen nachstehend die Spitzenkandidaten in der amtlich festgelegten Reihenfolge der Parteien. Ein Stern bedeutet, daß der betreffende bereits dem Reichstag angehört hat.

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands: 1. Oskar Ged, Red., Mannheim; 2. Georg Schöpfelin, Red., Karlsruhe; 3. Stephan Meier, Kaufmann, Freiburg; 4. Dr. Adam Kemmele, Staatspräsident und Innenminister, Karlsruhe; 5. Amann, Wohlfahrtspfleger, Heidelberg; 6. Therese Blase, Hausfrau und Landtagsabg., Mannheim.

2. Deutschnationale Volkspartei: 1. Dr. Alfred Hanemann, Landgerichtsdirektor, Mannheim; 2. Hermann Gebhard, Landwirt und Ehrenpräsident des Landbundes, Eppingen; 3. Wilhelm Lindner-Bantow, Geschäftsführer des Deutschnationalen Arbeiterbundes; 4. Ferdinand Lang, Glasermeister und Landtagsabg., Karlsruhe.

3. Deutsche Zentrumspartei: 1. Dr. Köhler, Reichsfinanzminister, Berlin; 2. Diez, Landwirt, Badolzell; 3. Erising, Gewerkschaftsführer, Karlsruhe; 4. Dr. Köhr, Distanzpräsident des Volksvereins für das kath. Deutschland und Landtagsabg., Freiburg; 5. Damm, Landwirt, Bagenhäwend; 6. Sommer, Landdirektor, Karlsruhe; 7. Clara Philipp, Hausfrau; 8. Büchner, Bürgermeister, Mannheim; 9. Duffner, Gutbesitzer und Landtagsabg., Furtwangen; 10. Heurich, Gewerkschaftsführer und Landtagsabg., Karlsruhe.

4. Deutsche Volkspartei: 1. Dr. Curtius, Reichswirtschaftsminister, Berlin; 2. Dr. Mattes, Landwirt und Landtagsabg.; 3. Ernst Plum, Schlossermeister, Karlsruhe; 4. Dr. Oßtröder, Erster Staatsanwalt und Landtagsabg., Freiburg.

5. Kommunifische Partei: 1. Hermann Kemmele, Berlin; 2. Schred, Landtagsabg., Mannheim.

6. Deutsche Demokratische Partei: 1. Hermann Dietrich, Minister a. D. und Hofbesitzer, Wildgutach; 2. Otto Burdhardt, Tapeziermeister und Verbandspräsident, Landtagsabg., Heidelberg; 3. Luise Kiege, Lehrerin, Karlsruhe; 4. Karl Hügel, Landwirt, Wahlweis (Amt Etodach); 5. Alfred Schel, Dozent an der Universität Heidelberg und Landtagsabg., Mannheim.

8. Linke Kommunifische: 1. Kengler, Mannheim.

9. Wirtschaftliche Vereinigung des bad. Mittelstandes (Wirtschaftspartei): 1. von An, Hauptlehrer, Verbandspräsident der badischen Grund- und Hausbesitzervereine und Landtagsabg., Mannheim; 2. Klüber, Landwirt und Landtagsabg., Gündelkingen; 3. Vogt, Malermeister, Freiburg; 4. Reimann, Dipl.-Ing., Vörsach.

10. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung): 1. Wagner, Karlsruhe.

11. Deutsche Bauernpartei: 1. Fischer, Landwirt und Bürgermeister, Meisenheim (N. Bad.); 2. Langsch.

12. Christlichnationaler Bauern- und Landvolkpartei: 1. Jullier, Landwirt und Mühlenbesitzer, Mingsheim (N. Bruchsal); 2. Merz, Landwirt Grafenhausen.

13. Christlichnationaler Bauern- und Landvolkpartei: 1. Jullier, Landwirt und Mühlenbesitzer, Mingsheim (N. Bruchsal); 2. Merz, Landwirt Grafenhausen.

14. Volksrechtspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung): 1. Siegrist, Oberbürgermeister a. D., Karlsruhe.

17. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands: 1. Niebucht, Rechtsanwalt, Berlin.

18. Christlichsozialer Reichspartei: 1. Lehmann.

19. Liste sozialdemokratische Partei Deutschlands: 1. Winnig.

20. Deutscher Reichsbund der Geschädigten: 1. Schendel.

Auf den Reichslisten finden sich folgende auch in Baden bekannte Namen an ausführender Stelle:

Sozialdem. Partei Deutschland: Dr. Marum, Rechtsanwalt, Staatsrat und Landtagsabg., Karlsruhe.

Deutsche Zentrumspartei: Der bisherige Reichstagsabgeordnete Dr. Wirth.

Deutsche Demokratische Partei: Dr. Hellpach, Universitätsprofessor, Heidelberg.

Deutsche Firmen und der Denez-Prozeß

Zu den Meldungen, daß die jetzt fertiggestellte Anlage für den Denez-Prozeß auch einer Reihe deutscher Firmen wirtschaftliche Sabotage in diesem Zusammenhang mit einer gegen die Sowjetregierung gerichteten Verschwörerorganisation vorwerfe, erklären die namhaft gemachten Firmen, nämlich die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und die Fa. Knapp in Barmen-Eikel, daß diese Anschuldigungen von Anfang bis zu Ende erfunden und falsch seien. Die beteiligten Persönlichkeiten sind bereit, die Unrichtigkeit der Angaben der Anlage schriftlich unter Eid zu bezeugen. Die Firmen beabsichtigen im übrigen vor Abschluß des Prozesses weitere Stellung nicht zu nehmen.

Reudell für das Reichsschulgesetz. Reichsinnenminister von Reudell hielt in Leipzig eine Rede, in der er zum Schluß erklärte, die Verfassung fordere das Reichsschulgesetz und seine Partei werde dafür weiterkämpfen zum Heile der Kinder.

Die Zwischenfälle in Zweibrücken. Französischen Offiziere, die Ende des vorigen Jahres das Bismarckdenkmal in Zweibrücken bedeuft hatten, wurden teils strafverurteilt, teils in die Kolonien abkommandiert.

Streikbeschluss der württembergischen Textilarbeiter. Eine Konferenz der württembergischen Textilarbeiter fasste einstimmig eine Entschließung, die verlangt, in den Kampf einzutreten. Die Verbände der Maschinen- und Seiger, der Metallarbeiter, der Handwerker und der Werkmeister haben sich durch ihre Vertreter mit den württembergischen Textilarbeitern solidarisch erklärt.

Verhaftung eines Dromada-Abgeordneten in Polen. Wie aus Wilna gemeldet wird, wurde in Stolpe der ehemalige Abgeordnete der wehrlosen Dromada, Soboleff, verhaftet und ins Gefängnis von Komogrodol gebracht.

Verschiedenes

Leichte Schneefälle in Berlin.

W.W. Berlin, 10. Mai. (Tel.) Im Laufe des Vormittags sind hier wiederholt leichte Schneefälle eingetreten. Die Temperatur betrug um 12 Uhr mittags nur noch 2 Grad über Null, nachdem sie in der letzten Viertelstunde um 2/4 Grad gesunken war.

Robiles Flugplan

W.W. Kingsbay, 9. Mai. Über den Flugplan General Robiles wird bekannt, daß zunächst ein erster Erkundungsflug von der Kol beabsichtigt ist, sodann ein Flug nach Kaiser-Nikolaus II.-Land und Venin-Land und schließlich ein direkter Vorstoß zum Nordpol.

„Die schnellste Reise um die Welt“

W.W. Tokio, 10. Mai. (Tel.) Der japanische Weltreisende Kraft ist heute hier eingetroffen. Er hat die Reise um die Welt in östlicher Richtung in der Refordzeit von 33 Tagen 16 Stunden 26 Minuten zurückgelegt, und damit gleichzeitig seinen in westlicher Richtung abgereisten Mitbewerber Nishiki Matsui geschlagen. Diese doppelte Weltreise war von der Zeitung „Niji Simpo“ veranstaltet worden.

Aus dem Bericht der Mannheimer Handelskammer

Der Jahresbericht der Mannheimer Handelskammer für 1927 führt u. a. aus:

Auch im Bezirk der Handelskammer Mannheim hat die Belebung der gesamtdeutschen Wirtschaft eine recht erhebliche Steigerung des Umsatzes bei der Industrie und teilweise auch beim Handel gebracht. Man kann im Durchschnitt mit einer Erhöhung des Umsatzes von 25—30 Proz. rechnen, in einzelnen Geschäftszweigen mehr, in anderen weniger. Nach wie vor schwierig ist die Situation in solchen Industriezweigen, die, wie z. B. die Gummi- und Zelluloseindustrie vor dem Krieg zu einem wesentlichen Prozent auf den Absatz ins Ausland eingestellt waren. In der Kriegs- und Nachkriegszeit sind auf fast allen Auslandsmärkten einheimische Konkurrenzindustrien erwachsen, geschützt durch prohibitive Zölle. Bei diesem Industriezweig zeigt sich sehr deutlich die bereits gekennzeichnete Tatsache, daß die Konkurrenz des Jahres 1927 eine spezifische Inlandskonkurrenz gewesen ist. Da er in gleicher Weise wie die anderen Industrien einer nicht unwesentlichen Steigerung sämtlicher Löhnen unterworfen war, so hat sich gerade bei ihm in erster Linie die Gefahr bemerkbar gemacht, die im Jahre 1928 nach Abflauen der Inlandskonjunktur wohl der gesamtdeutschen Industrie drohen wird, nämlich die Konkurrenzschwierigkeit auf dem Auslandsmarkt wegen zu hoher Selbstkosten.

Weniger unmittelbar wurden durch diese Erscheinung die Industriezweige betroffen, die entweder, wie die Metallindustrie, die inländische Umsatzerhöhung ausnützen oder, wie z. B. die Lederindustrie, im Ausland für bestimmte Waren eine Art Monopolcharakter genießen konnten. Stärker als diese beiden Gruppen konnte das Baugewerbe die Konjunktur ausnützen. Auch die Mühlenindustrie konnte, nachdem die völlige Zollfreiheit für saarländisches Mehl aufgehoben war, ihre Produktion steigern. Das Ergebnis litt unter dem scharfen Wettbewerb der ober- und niederbayerischen Mühlen im Kampf um eine möglichst große Produktionsziffer. Das gleiche gilt für die Zigarettenindustrie, die ihre Produktion ansehnlich zu steigern vermochte, wenn auch zahlreiche über das Land hin zerstreute Betriebe der Nationalisierung zum Opfer fielen. Letzteres gilt besonders für die Zigarettenindustrie. In der chemischen Industrie liegen die Verhältnisse sehr verschieden, je nachdem es sich um Betriebe handelt, die wie die Seifenfabrikation, auf den Inlandsbedarf oder, wie die pharmazeutische Industrie, in sehr starkem Umfang auf den Auslandsabsatz angewiesen sind. Bei gleichem Umsatz konnte unter stark gesunkenen Preisen, die zum Teil sogar nicht unerheblich unter dem Vorkriegsniveau liegen, im letzteren Fall verschiedentlich kein Gewinn erzielt werden.

Im allgemeinen scheint der Industrie des Bezirks die Gefahr weiterer Verwaltungsverlegungen im Gefolge von Zusammenschlüssen vorerst nicht mehr zu drohen. Es ist im Gegenteil erfreulicherweise einer großen Maschinenfabrik gelungen, der Verwaltung in Mannheim wieder volle Dispositionsbefugnis zurückzugewinnen. Eine Wahrung der durch den Grenzcharakter in Verbindung mit der Politik der Stäffeltarie eingetretenen Verschlebung der standortlichen Lage, wenigstens für solche Industrien, die sich nicht, wie z. B. die Tabakindustrie, auf die Rohstoffe des Landes gründen, könnte unabsehbare Folgen zeitigen. Die Bedeutung der Industrie für Mannheim wird vielfach verkannt. Nach einer Durchsicht der Handelskammer Mannheim aus dem Jahre 1927 entfallen auf sie allein 65 Proz. des gewerblichen Betriebsvermögens. 53 Proz. der Mannheimer Bevölkerung hängen unmittelbar von ihr als Arbeiter und Angestellte und deren Angehörige ab. Die Wirtschaftspolitik Mannheims wird nicht übersehen dürfen, daß sich das Verhältnis zwischen Industrie und Warenhandel in den letzten beiden Jahrzehnten scharf zugunsten der Industrie verschoben hat.

Weniger günstig als bei der Industrie liegen die Verhältnisse beim Handel. Bei den wichtigsten Gruppen des Mannheimer Handels konnte bisher eine Konsolidierung der Verhältnisse immer noch nicht eintreten. Der Getreidehandel allgemein leidet unter der scharfen Konkurrenz der ausländischen Getreideexporteure, deren Offerten den Mühlen gegenüber häufig unter Weltmarktpreis liegen. Die Aufgabe des Umschlages ab Mannheimer Lager, die früher eine der Hauptaufgaben des Mannheimer Getreidehandels gewesen ist, wird nach wie vor durch die Verweigerung der Binnenumschlagstarife stark behindert. Der Verlust, der auf diese Weise dem Mannheimer Getreidehandel erwächst, wird auf etwa 100.000 t pro Jahr geschätzt. Der Kohlenhandel hat einen bedeutenden Aufschwung seiner Umschlagesziffern zu verzeichnen, hauptsächlich infolge der Wiederauffüllung seiner im Jahre 1926 geleerten Lager. Die Konkurrenz ausländischer Kohle gibt der Lagerhaltung insofern einen Impuls, als die schnelle Versorgung der Kunden von Bedeutung ist. Neben der Steinkohle hat die Braunkohle eine besonders bemerkenswerte Absatzbelegung erfahren. Im Eisenhandel ist noch immer die Verdrängung der Versorgungsgebiete vom Saarland nach dem Rhein-Ruhr-Gebiet im Gange. Der vorzugsweise auf das Saargebiet eingestellte selbständige Mannheimer Eisenhandel hat sich gegen die Konkurrenz der sich nach der Inflationszeit in Mannheim niedergelassenen Werkschmelzgesellschaften stark zu wehren. Der Goldhandel hat seine Bedeutung nicht mehr wie früher im Verband von Edelmetall, sondern in der Versorgung Südwestdeutschlands durch ausländische Importeure.

Der Großhandel der übrigen für Mannheim besonders wichtigen Gruppen, wie Mineralöl, Mehl, Felle, ferner Landesprodukte, wie Tabak, Hopfen sowie Lebensmittel konnte im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftslage eine Steigerung des Umsatzes feststellen. Im Einzelhandel ist nach 1927 eine allerdings nur mäßige Steigerung der Käufe zu verzeichnen gewesen. Die Geschäftstätigkeit der Banken und Versicherungsgesellschaften konnte sich dem allgemeinen Aufschwung anpassen.

Im Zusammenhang mit dem Handel steht der Umschlag in den Mannheimer Häfen, der summenmäßig im Jahre 1927 eine namhafte Steigerung von 5,8 auf 6,7 Millionen Tonnen aufzuweisen hat, eine Zahl, die schon einmal im Jahre 1903 erreicht wurde. Die Steigerung des Verkehrs ist jedoch darauf zurückzuführen, daß die Bezüge der am Wasser liegenden Werke (Zellstoffabrik Badhof, Mühlen u. dgl.) gestiegen sind, eine Erscheinung, die also der industriellen Belebung zuzurechnen ist und daß zum anderen auch die Wiederauffüllung der im Jahre 1926 geleerten Kohlenlager verfrachteten Umschlag an Kohle gebracht hat.

Der eigentliche Ostseehandelverkehr nach dem Winterland fehlt jedoch nach wie vor, im Gegensatz zu der Umschlagessteigerung in Straßburg, dessen Mengen von 3,6 auf 4,3 Millionen Tonnen angewachsen sind. Besonders die Steigerung der Taltransporte (Eisenwege für die Ruhr, Kali) sind von Bedeutung. In umgekehrter Richtung spielt Getreide die Hauptrolle, Transporte, die Mannheim verloren gegangen sind. Die künftigen Kämpfe um Verbesserung der Frachtlage haben nur teilweise Erfolg gehabt.

Die Schifffahrt hat nach dem Aufschwung im Jahre 1926 erneut unter den schwierigen Verhältnissen zu leiden gehabt.

die in der rücksichtslosen Konkurrenz der Reichsbahn und im Überangebot an Frachtraum sowie in der Unmöglichkeit von Frachtkonventionen liegen. Nationale Gesichtspunkte haben die früher einheitlichen Interessen der Rheinischschiffahrt zertrüffelt. Die Rheinischschiffahrt ist ein Gebiet der Betätigung merkantilitischer Wirtschaftspolitik, allerdings nicht bei Deutschland, sondern bei Frankreich und Belgien vor allen Dingen geworden. Dazu kommt die Tatsache, daß große Teile der Fracht durch die den Jochen und Gütern angelegerten Schiffahrtunternehmungen weggenommen werden. Alle diese Gesichtspunkte treffen in der Hauptsache die in Mannheim ansässigen sogenannten freien Reedereien, bei denen sich die Ungunst der Verhältnisse in unbeschränktem Maß auswirkt.

Im Zusammenhang damit steht die schlechte Beschäftigung der Lagerbetriebe, eine Tatsache, die in der verhältnismäßig großen Zahl von freien Räumen zum Ausdruck kommt. Eine Ausnahme bilden nur die dem kurzfristigen Umsatz zur Versorgung des einheimischen Handels dienenden Hallen.

Die Entwicklung Mannheims im Jahre 1928 wird in sehr starkem Maße von dem Konjunkturverlauf in Gesamtdeutschland abhängen, dessen Richtung sich zur Zeit noch nicht übersehen läßt. Ungünstigen Momenten stehen wieder günstige auf der anderen Seite gegenüber. Grundsätzlich wird wohl mindestens mit einer Einschränkung des bisherigen Umsatzes gerechnet werden müssen, da sich der Verbrauch des Auslandsmarktes erheblich größere Schwierigkeiten entgegenstellen, als dem Inlandsabsatz.

Badischer Teil

Evang. Landessynode

In der zweiten öffentlichen Sitzung der Evangelischen Landessynode in Karlsruhe wurde zur Simultananschule folgende Resolution gefaßt:

„Die Synode verweist auf ihren vorjährigen Beschluß über die badische Simultananschule. Die Synode erwartet, daß die bestehende, in der badischen Bevölkerungsmischung begründete Simultananschule erhalten bleibt. Sie begrüßt daher, daß die Kirchenregierung in ihrer Erklärung vom 16. September 1927 für die badische Simultananschule mit ihrer vorbildlichen Ordnung der Beförderung und Beaufsichtigung des Religionsunterrichts eingetreten ist und vertraut darauf, daß das auch ferner geschehen wird.“

Ferner nahm die Synode am Mittwoch nachmittag in Karlsruhe einen Beschluß an, der sich auf die Schüler der nicht-humanistischen höheren Schulen bezieht, die durch die Religionslehrer angefordert werden sollen, sich an den fakultativen Kursen für Latein und Griechisch zu beteiligen, weil sie sich so eine weitere Freiheit für ihre Berufswahl sichern. Weiter wird die Kirchenregierung ersucht, den gesetzlichen Schutz des Volkstrauertages bei der Staatsregierung zu beantragen, damit das Andenken der Gefallenen in würdiger Weise geehrt werde.

Einen größeren Zeitraum beanspruchten die Verhandlungen über den Entwurf eines kirchlichen Gesetzes betreffend die Anberung der Dienstbezüge. Die Erhöhung der Beamtengehälter gab die Veranlassung hierzu. Der Finanzausschuß der Synode hatte in sechs Sitzungen die Fragen behandelt, ob die Neuordnung notwendig und ob sie im Hinblick auf die finanziellen Verhältnisse der Kirche möglich ist. Die erste Frage ist im Ausschuß allgemein bejaht worden, nicht möglich aber ist eine Erhöhung in gleichem Maße wie bei den Beamtengehältern. Die Geistlichen haben sich bereit erklärt, auf eine gleiche Erhöhung der Bezüge zu verzichten, um nicht die schwerliche Belastung des Kirchenvolkes zu vergrößern. Nach der Vorlage der Kirchenregierung soll der Grundgehalt erhöht, die Amtsbezüge abgemindert, die Stellenzulage beibehalten werden.

Der Volkskirchenbund der religiösen Sozialisten ist ein Gegner der Stellenzulage und möchte ein ganz neues Besoldungssystem einführen. Die kirchlichliberale Gruppe und der Pfarrverein war für die Angleichung an die Beamtenbezüge im Rahmen der verfügbaren Mittel. Der Antrag auf Angleichung der Pfarrgehälter an die Beamtengehälter wurde mit 29 Stimmen abgelehnt. Ein Zusatzantrag der liberalen Gruppe, der unter bestimmten Voraussetzungen eine Ermächtigung der Kirchenregierung zur Veränderung des Grundgehalts der Geistlichen bezweckt, wurde mit allen gegen 7 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Zuletzt wurde die Besoldungsvorlage mit allen gegen 7 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen gutgeheißen.

Am Schluß der Sitzung wurde der Gesetzentwurf zur Errichtung eines kirchlichen Verwaltungsgerichts einstimmig angenommen. Weiterhin wurde genehmigt die Vereinigung der Kirchengemeinde Karlsruhe und der Kirchengemeinde Karlsruhe-Mühlburg.

Landesfeuerwehrunterstützungskasse Karlsruhe

Nach dem soeben erschienenen Geschäftsbericht für das Jahr 1927 hat die Landesfeuerwehrunterstützungskasse zur Förderung des Feuerlöschwesens folgende Beträge verausgabt:

1. Unterstützungen an verunglückte Feuerwehrmänner und Mitglieder von Rüstmannschaften sowie an Hinterbliebene von solchen Personen in 230 Fällen 52 070,40 M.
2. Beihilfen zur Anschaffung von Geräten und Ausrüstungsgegenständen sowie zur Erhaltung von Hydrantenanlagen:
 - a) an Gemeinden in 231 Fällen 237 725,00 M.
 - b) an Feuerwehren in 23 Fällen 10 947,80 M.
3. Für geleistete Überlandhilfe durch Automobil- und Motorspritzen sowie für die Beschaffung der Feuerlöschsicherungen durch die für die einzelnen Bezirke bestellten Feuerlöschinspektoren usw. wurden insgesamt 9 935,98 M. verausgabt.

Die Mittel zur Bestreitung der Aufwendungen der Landesfeuerwehrunterstützungskasse werden vom Ministerium des Innern aus den von der Gebäudeversicherungsanstalt und den in Baden zum Geschäftsbetrieb zugelassenen Privatfeuerversicherungsunternehmungen für gemeinnützige Zwecke geleisteten Abgaben zur Verfügung gestellt.

Tagungen

Der Verbandstag der badischen Küfer-Innungen fand am Samstag und Sonntag in Mühlheim statt. Landrat Schmitt, Mühlheim, begrüßte die Versammlung im Namen der Regierung. Oberregierungsrat Gruber brachte die Grüße des Ministeriums für Kultus und Unterricht, Forstrat Schuler der Forstabteilung des Finanzministeriums. Für die Wissenschaft sprach Oberregierungsrat Dr. Fischer, Augustenburger, und Regierungsschreiber Dr. Bogt vom Weinbauinstitut in Freiburg. Wertvolle Anregungen brachten auch der Direktor der Handwerkskammer Freiburg, Edardt, und der Präsident des Landesverbandes des badischen Handwerks, Burkhardt, und der Präsident des badischen Küferverbandes, Herr Kögel wurde wieder zum Vorsitzenden des badischen Landesverbandes gewählt. Ferner wurden noch organisatorische Fragen erledigt und besonders die Schillingsfrage eingehend berührt.

Die Eheauflösungen in Baden im Jahre 1927

Nach Feststellungen des Statistischen Landesamts wurden im Jahre 1927 im Lande Baden 1004 Urteile über Eheauflösungen rechtskräftig, und zwar lautete das Urteil in 936 Fällen auf Scheidung, 11mal wurden die Ehen auf Grund einer Nichtigkeitsklage und 7mal auf Grund einer Anfechtungsklage für nichtig erklärt. Gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der Eheauflösungen um 207 zugenommen. Vergleichsweise sei angeführt, daß in den Vorkriegsjahren 1906/1913 im Durchschnitt jährlich 378 Eheauflösungen erfolgten.

Die Eheauflösungen des Berichtsjahres verteilen sich nach dem Wohnort der Ehepaare auf 177 Gemeinden. Die Mehrzahl der Eheauflösungen entfällt auf die großen Städte des Landes. An erster Stelle steht Mannheim mit 246 Eheauflösungen, dann folgt Karlsruhe mit 147, Pforzheim mit 88, Freiburg mit 83, Heidelberg mit 61 und Konstanz mit 29. Keine Eheauflösungen waren in den vorwiegend katholischen Bezirken Pfullendorf, Oberkirch und Wiesloch zu verzeichnen.

Dem Berufe nach entfielen 3,4 Proz. der geschiedenen Ehen auf die Berufsabteilung Landwirtschaft und Gärtnerei, 54,3 Proz. auf Gewerbe und Industrie, 29,2 Proz. auf Handel und Verkehrsgewerbe, 8,6 Proz. auf sog. freien Berufe usw. Nach dem Religionsbekenntnis waren 401 Ehepaare rein evangelisch, 375 rein katholisch, 4 israelitisch, je 3 altkatholisch und freireligiös, 1 neupapstlich; 217 waren Mischehen (davon in 109 Fällen der Mann katholisch und die Frau evangelisch, in 99 Fällen der Mann evangelisch und die Frau katholisch; in 9 Fällen waren beide Eheleute Angehörige sonstigen Religionsbekenntnisses).

Männer war in 800 Fällen der Mann, in 643 Fällen die Frau und in einem Fall die Staatsanwaltschaft; in 261 Fällen erhob der Mann und in 198 Fällen die Frau Gegenklage. Grund zur Klage war 345mal § 1565 des BGB. (Ehebruch), 500mal § 1568 (eheloses oder unfittliches Verhalten), 87mal § 1567 (böswärtiges Verlassen), 21mal § 1565 in Verbindung mit § 1568 (Klagegrund, 11mal § 1569 (Geisteskrankheit). In 547 Fällen wurde der Mann, in 210 Fällen die Frau, in 247 Fällen wurden beide Teile als schuldig erkannt.

584 geschiedene Ehepaare hatten minderjährige Kinder, davon zwei je 7, vier je 6, elf je 5; die Gesamtzahl dieser Kinder belief sich auf 989. 456 Ehen waren kinderlos.

Die Dauer der Ehe betrug bei zwei Ehepaaren weniger als 1 Jahr, bei 201 1 bis unter 5 Jahre, bei 445 5 bis unter 10, bei 156 10 bis unter 15, bei 88 15 bis unter 20, bei 59 20 bis unter 25 und bei 53 Ehepaaren 25 und mehr Jahre.

Von den letzteren war 1 Ehepaar 41 Jahre verheiratet. Unter den geschiedenen Ehen hatte diese die höchste Dauer aufzuweisen.

Von den geschiedenen Männern waren zur Zeit der Eheschließung 2 erst 19 Jahre alt; von den Frauen waren 2 16, 12 17 und 23 waren 18 Jahre alt. Ein Mann hatte ein Geiratsalter von 66 und eine Frau ein solches von 54 Jahren. Zur Zeit der Scheidung waren die vier jüngsten Männer 22 Jahre und die jüngste Frau 19, der älteste Mann war 77 und die älteste Frau 68 Jahre alt.

Aus der Landeshauptstadt

Badische Lichtspiele — „Metropolis“. Der weit hin bekannte Filmregisseur Fritz Lang, hat unter diesem Titel ein geniales Filmwerk nach dem Roman der Schriftstellerin Thea von Harbou geschaffen. Metropolis, die Stadt der Zukunft mit mächtigen Käufergruppen ist die Schöpfung eines einzigen Mannes, der in den höchsten Räumen als das unerbittliche Hirn waltet. Abwechslung des Lebens bringen die großen Brunnen und Lustgärten, während tief unten die Welt der Arbeit ist. Weder Sonne noch Freude kennt das Arbeitsvolk, ohne Unterbrechung läuft das Räderwerk in den Maschinenräumen. Der Erfindergeist und die Fortentwicklung der Technik will es soweit bringen, die verjüngende Menschenkraft auszuscheiden und durch den künstlichen Maschinenmenschen ersetzen. Das Menschenhirn verbindet dies. In großangelegten Massenjungen wird nun im Film der Kampf geschildert. Das Herz fehlt, der Mittler zwischen Hirn und Hand, die Liebe von Mensch zu Mensch. Die Revolution der Massen bringt das Welt zum Stillstand, bis schließlich doch der Mensch ersehnt, der die Sendung des Mittelers zwischen Hirn und Hand zu erfüllen die Kraft hat. Es ist eine Meisterleistung der deutschen Filmkunst. Fritz Lang hat in ganz ausgeprägter, ja man möchte sagen raffinierter Art für den Film gearbeitet. Hervorragend ist die Darstellung der in die Handlung greifenden Personen, gewaltig wirken die Massenjungen. Der Film wurde bereits vor kurzer Zeit in einem hiesigen Lichtspielhaus vorgeführt, die Anziehungskraft war jedoch unermindert, denn das Kongerthaus hatte einen sehr starken Besuch aufzuweisen. Eine fein abgestimmte Musik begleitet den Hauptfilm. — Die Spielwochenschau bringt die neuesten Ereignisse im Reifim, darunter den Ausflugsort Werder bei Berlin im herrlichen Wäldchen.

Im Colosseum feiert die „Brasilianische Revue“ mit der Salsa Morgowa an der Spitze jeden Abend Triumphe. Warum? Weil dem Publikum hier wirkliches Temperament gezeigt wird. Und dieses raffige, ursprüngliche Temperament wirkt wie ein köstliches Exotikum: erheitend und fortziehend. Im übrigen ersehen wir aus der Revue, daß die Mode der ausfallschönen Verwunderung des Reines überwunden ist; auch die Brust kommt wieder zu ihrem Recht.

Badisches Landesheater. Auf die am Freitag, den 11. Mai, unter der musikalischen Leitung von Josef Krips und der szenischen Leitung von Otto Krauß stattfindende Erstaufführung von „Cassandra“ wird hiermit nochmals aufmerksam gemacht. — Mittwoch, den 16. Mai, findet die Erstaufführung des Lustspiels „Kleine Komödie“ von Siegfried Geber im Landesheater statt. Das Stück wurde von den meisten deutschen Bühnen erworben und wird augenblicklich auch in Berlin an den Reinhardt Bühnen vorbereitet. Die Idee, die dieser Komödie zugrunde liegt, ist reizvoll, höchst lustig und originell. Das Stück ist bei seinen Aufführungen in Hamburg, Stuttgart und Frankfurt mit viel Beifall aufgenommen worden. Die Inszenierung liegt in den Händen von Eugen Schulz-Weiden.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. Mannheim, 9. Mai. Im Alter von 68 Jahren ist heute Gustav Adolf Reutlinger, der Gründer und Vorsitzende des Vereins für Ferienaufenthalt und Kinderfürsorge e. V. in Mannheim, gestorben. Der Verein konnte voriges Jahr sein 25-jähriges Bestehen feiern. Herr Reutlinger war Frankfurter. Seit 1893 stand er als Kaufmann im Dienst der Badischen Anilin- und Sodafabrik.

Id. Graben (b. Karlsruhe), 9. Mai. In den Scheunen der Landwirte Philipp Metzger und Karl Flohr brach heute früh nach 4 Uhr ein Brand aus, der mit großer Schnelligkeit auf die große Scheuer des Landwirts Fritz Blau übergrang und auf das Nachbaranwesen übergrang. Bei dem Eintreffen der Feuerwehr fanden die drei Scheunen, darunter befindet sich die größte ihrer Art in Graben, in hellen Flammen. Sie sind bis auf den Grund abgebrannt. Es wird Brandstiftung vermutet. Der Gesamt Schaden beläuft sich auf 20 000 M.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Unter dem Einfluß der von Norden einströmenden Kaltluft gingen die Temperaturen auch gestern noch etwas zurück. Die schauerartigen Niederschläge fielen bis zur Ebene hinunter zeitweise als Schnee. Auf dem Feldberg haben die Schneefälle der letzten beiden Tage eine Schneedecke von 10 Zentimetern erzeugt. Der hohe Druck schiebt sich jetzt langsam aus Nordwesten gegen das Festland vor. In Niederschlägen wird es daher kaum noch kommen, dagegen besteht auch für die Ebene erhöhte Nachtfrostgefahr. Wetterausichten für Freitag: Zeitweise heiter und vorwiegend trocken, erhöhte Nachtfrostgefahr in der Ebene, am Mittag etwas milder, im allgemeinen aber noch kühl.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	10. Mai		9. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.49	168.38	168.43	168.77
Kopenhagen 100 Kr.	112.04	112.26	112.01	112.23
Italien . . . 100 L.	22.00	22.04	21.95	22.05
London . . . 1 Pf.	20.38	20.42	20.376	20.426
New York . . . 1 D.	4.176	4.184	4.176	4.184
Paris . . . 100 Fr.	16.43	16.47	16.43	16.45
Schweiz . . . 100 Fr.	80.48	80.64	80.47	80.63
Wien 100 Schilling	58.76	58.88	58.76	58.88
Prag . . . 100 Kr.	12.377	12.397	12.377	12.397

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Nr. A 6468. Studium besonders Begabter ohne Reifezeugnis an den badischen Hochschulen.

Auf Grund von § 4 Abs. 4 der Akademischen Vorschriften für die badischen Universitäten und § 44 der Verfassung der Technischen Hochschule Karlsruhe wird bestimmt:

1. Hervorragend begabte Personen können in besonderen Ausnahmefällen auch ohne Reifezeugnis zum Studium an den badischen Hochschulen zugelassen werden.
- Die Zulassung ist an folgende Voraussetzungen geknüpft:
 1. Der Bewerber muß seiner Persönlichkeit und seinen geistigen Fähigkeiten nach für das wissenschaftliche Studium besonders geeignet sein.
 2. Er muß über einen angemessenen Grad allgemeiner Bildung, über Urteilskraft und Denkfähigkeit verfügen.
 3. Er muß eine deutlich erkennbare Begabung für das gewählte Studiengebiet besitzen und mit dessen fachlichen Grundlagen vertraut sein.
 4. Er muß sich in seinem jetzigen Beruf oder in dem Fach, das er zu studieren wünscht, bereits besonders bewährt haben.
 5. Es müssen besondere Umstände vorgelegen haben, die es dem Bewerber unmöglich machen, auf dem normalen Wege (durch Reifeprüfung, Erfahrungsprüfung usw.) zur Hochschule zu gelangen.
 6. Der Bewerber muß noch die genügende Spannkraft besitzen, um sich auf ein wissenschaftliches Studium einstellen zu können. Als obere Altersgrenze wird im allgemeinen das 40. Lebensjahr anzusehen sein.

Der Antrag ist nicht von dem Bewerber selbst, sondern von urteilsfähigen Persönlichkeiten zu stellen, die mit den Voraussetzungen und dem Wesen wissenschaftlicher Arbeit vertraut sind und den Bewerber nach seinen bisherigen Leistungen bereits kennen. In dem Antrag ist ausführlich darzulegen, daß die angegebenen Voraussetzungen erfüllt sind; insbesondere muß sich aus ihm ein klares Bild der Persönlichkeit des Bewerbers gewinnen lassen.

- Dem Antrag ist beizufügen:
1. ein ausführlicher Lebenslauf des Bewerbers;
 2. Nachweise über Vorbildung und Berufsleistungen;
 3. eine Darlegung über die Vorstudien, die der Bewerber auf dem Gebiet des von ihm erstrebten wissenschaftlichen Studiums getrieben hat, sowie über Art und Umfang dessen, was er seit Verlassen der Schule zur Vertiefung seiner Allgemeinbildung getan hat;
 4. eine Angabe über das Ziel des Studiums und des erstrebten neuen Berufes;
 5. ein Zeugnis über den Abschluß der Schulbildung;
 6. das Zeugnis über den Abschluß der Schulbildung.

Die Anträge für die Zulassung zum Sommersemester müssen bis zum 1. Januar, die Anträge für die Zulassung zum Wintersemester müssen bis zum 1. Juni jedes Jahres beim Ministerium des Kultus und Unterrichts gestellt sein.

Die Gebühr für die Prüfung des Antrags beträgt 10 M. Die Gebühr ist gleichzeitig mit der Abendung des Antrags auf das Postfachkonto des Ministeriums des Kultus und Unterrichts, Karlsruhe Nr. 13 887 einzuzahlen.

Die eingelaufenen Anträge werden unter Zuzug geeigneter Sachverständiger im Ministerium des Kultus und Unterrichts einer Vorprüfung unterzogen. Auf Grund dieser Vorprüfung werden ungeeignete Anträge abgewiesen. Die übrigen Bewerber haben sich einer schriftlichen und mündlichen Prüfung durch eine vom Minister des Kultus und Unterrichts bestimmte Prüfungskommission zu unterziehen.

Der Gegenstand der schriftlichen Prüfung nimmt in der Regel Bezug auf die Vorstudien und den Beruf des Bewerbers. Neben einer Aufgabe aus dem Bereich der allgemeinen Bildung wird eine Aufgabe aus dem Berufsgebiet oder dem Fach des Bewerbers gestellt.

Durch die schriftlichen Arbeiten und die mündliche Prüfung soll der Bewerber den Beweis erbringen, daß er die in § 1 genannten Voraussetzungen für die Zulassung erfüllt, insbesondere eine angemessene Allgemeinbildung, gute Urteilskraft, klare Denkfähigkeit und die besondere Begabung für das gewählte Studiengebiet besitzt.

Die Gebühr für die Prüfung wird auf 50 M festgesetzt und ist vor Abnahme der Prüfung zu entrichten.

Über die endgültige Zulassung entscheidet auf Antrag der Prüfungskommission der Minister des Kultus und Unterrichts. Die Zulassung erfolgt im allgemeinen nur für ein bestimmtes Fach oder eine bestimmte Gruppe von Fächern. In besonderen Fällen kann auch die Zulassung für mehrere Fächer erfolgen.

Die Zulassung berechtigt zum Studium als vollmatrikulierter Studierender an sämtlichen badischen Hochschulen. Wegen der Zulassung der auf Grund dieser Bestimmungen zugelassenen Personen zu den Berufsprüfungen erfolgt nach Benehmen mit den zuständigen Reichs- und Landesbehörden besondere Entschließung.

Karlsruhe, den 8. Mai 1928.
Der Minister des Kultus und Unterrichts
Leers

Gemeinde-Rundschau

Aus dem Neher Gemeinderat. Nach wochenlangen eingehenden und schwierigen Beratungen in der Finanz- und Steuerkommission sowie im Gemeinderat Neher war der Voranschlag 1928 mit einem Fehlbetrag von rund 500 000 M aufgestellt worden. In der Gemeinderatsitzung vom 7. d. M. sollte nun der Voranschlag endgültig festgestellt und die Gemeindefinanzen beschlossen werden. Es lagen eine Reihe Anträge von den Fraktionen vor, die eine weitere erhebliche Steigerung der Ausgaben zur Folge gehabt oder weitere Einsparungen nötig gemacht hätten. Der Bürgermeister stellte den Antrag, über all die vorliegenden Anträge zur Tagesordnung überzugehen und den Voranschlag in der vorliegenden Form anzunehmen. Weiter beantragte er, im Defizit weitere 25 000 Reichsmark zu streichen, so daß nur 475 000 M durch Umlage zu decken wären.

Zwei Millionen für das Freiburger Straßennetz. Der Stadtrat Freiburg hat dem Bürgerausschuß eine Vorlage unterbreitet, die eine durchgreifende Verbesserung der Freiburger Straßenzustände vorsieht. Es sollen zunächst 240 000 Quadratmeter Schotterstraßen in Balzaphaltstraßen umgewandelt werden. Für die Arbeiten und die notwendigen Anschaffungen von Maschinen wird ein Kredit von zwei Millionen angefordert, der sich auf sechs Jahre verteilt. Es sind demnach jährlich 340 000 M in den Etat einzustellen. Die Stadt will die Arbeiten in eigener Regie vornehmen lassen, da sie dadurch die Gesamtkosten um 240 000 M zu verringern hofft.

Der Bürgerausschuß Billingen genehmigte einstimmig einen Straßenkredit von über 46 000 M, den Nachtragskredit für die Friedhofserweiterung von 29 700 M, das Bauprogramm der Stadt für 1928 mit einer Anlehensaufnahme von 285 000 Reichsmark für Bauzweckfälle und Erstellung von Notwohnungen, ein Kredit für einen Brückenbau in Oberebach für die wichtige neue Autostraße Billingen-Niederesbach von 2400 M, die Erwerbung eines Fortwärtswartens in Unterfirnach für 13 000 M, sowie den Verkauf des städtischen Anwesens der Gastwirtschaft zum „Paradies“ für 26 000 M. Bei Beratung des Bauprogramms wurde die Schwierigkeit der Geldbeschaffung und die Höhe des Zinsfußes wie des Bauindeg als ungemein hemmend bezeichnet.

Der Voranschlag des Kreises Konstanz für das Jahr 1928 sieht eine Gesamtausgabe von 1 330 635 M bei einer Einnahme von 747 000 M vor. Der Fehlbetrag, der durch die Kreisumlage zu decken ist, beläuft sich demnach auf 583 635 Reichsmark. Da die Steuerwerte für das Jahr 1927 noch nicht vorliegen, muß die Umlage wieder in Form einer Vorauszahlung erhoben werden, die nach den Steuerwerten des Jahres 1926 berechnet wird. Als Vorauszahlung werden 25 Prozent der Steuergrundbeträge erhoben, das sind 10 Pf für je 100 M des Grundvermögens 4 Pf vom Betriebsvermögen und 7 Pf vom Gewerbeertrag. Unter den laufenden Einnahmen des Kreises befindet sich ein Staatsbeitrag in Höhe von 165 000 M sowie Beiträge der Gemeinden zum Straßen- und Wegaufwand in Höhe von 437 000 M. Unter den laufenden Ausgaben beansprucht wiederum der Hauptteil die laufende Unterhaltung der Kreisstraßen mit insgesamt 318 000 M, zu denen noch 502 000 M an freiwilligen

Leistungen für die in Unterhaltungspflege des Kreises übernommenen Gemeindewege (sogenannte Kreiswege) kommen. Für die gesonderte Armenpflege sind 200 000 M im Voranschlag eingeplant.

Mannheimer Ablösungsanleihe. Die Stadt Mannheim beabsichtigt, die Einführung der von ihr ausgegebenen Ablösungsanleihe und Auslosungsscheine an den Börsen in Berlin und Frankfurt a. M. zu beantragen.

Zum Muttertag am 13. Mai erschien in der Verlagsanstalt von Erich Deseiter in Dresden „Das Mutterbüchlein“ von Will Besper, ein Zyklus von Gedichten, der in schlichter, aber ergreifender Weise den Lebensweg einer Mutter und damit das Schicksal jeder Mutter gestaltet. Das Büchlein ist mit vielen Bildern geschmückt. Es erscheint in einer einfachen Ausgabe zu 1 M, in Leinen zu 2,50 M und in Ganzleder zu 4 M.

Mary Vorden: „Flamingo“. Roman. Aus dem Englischen übertragen von Eva Mellinger (Romane der Welt / Th. Knauer Nachf. Verlag, Berlin W 50). In Ganzleinen geb. 2,85 M. Umfang 400 Seiten. — Dieser Roman spielt in New York. Eine Gruppe von Menschen, deren Schicksal unaufhaltsam verbunden ist mit der Maschinerie dieses schrecklichen und doch schönen Gebildes, steht im Mittelpunkt einer Handlung von unirdischer Temporalität. Besonders fesselt die das Schicksal einer Frau, die, englischer Herkunft — also traditionell verankert — nicht nur den Kampf mit ihrem eigenen Temperament, sondern gleichsam symbolisch den Kampf der Alten mit der Neuen Welt führt.

Trinkt Fürstenberg-Bräu

Flaschenbier zu ortsüblichen Preisen frei Haus

5. Geldlotterie zur Wiederherstellung der Frauenkirche in Egingen a. N.
Bei der am 18. April 1928 stattgehabten Ziehung wurden von den in Baden zugelassenen Voten folgende Nummern mit den dabei bestimmten Gewinnen gezogen: A. Gewinne zu 50 Mark: 4577 4581 — B. Gewinne zu 20 Mark: 2969 5354 — C. Gewinne zu 10 Mark: 2087 2035 2649 3233 3293 3832 4519 4964 4963 5349 5345 5712 57618. — D. Gewinne zu 5 Mark: 431 468 474 475 1128 1166 1199 2032 2037 2068 2638 2794 2893 2944 3036 3894 3897 4361 4572 4584 4975 4988 5379 5399 5719. — E. Gewinne zu 3 Mark: 2005 2041 32074. — Sämtliche Nummern mit folgenden Gewinnen gewinnen je 3 Mark: 634 676 116 132 227 229 256 301 337 394 443 461 509 526 597 624 679 716 719 720 721 736 740 771 828 828 842 853 882 932 990 993.
Die Auszahlung erfolgt durch
Eberhard Geher, Karlsruhe i. B., Ostendstr. 6.

Darmstädter Pferdemarkt-Lotterie
Bei der am 17. April 1928 stattgehabten Ziehung wurden folgende Nummern von den in Baden genehmigten Voten gezogen: A. Gewinne zu 10 Mark: 3516 17510 17609 17657 — B. Gewinne zu 5 Mark: 3774 3076 12579 12835 15739 17058 17069 17695 17865. — C. Gewinne zu 3 Mark: 3543 3737 3803 3876 3891 10604 10729 10741 10831 10938 12510 12652 12705 12718 12772 12801 12922 14511 16623 16664 16711 16716 16730 16749 16839 16945 17043 17144 17179 17334 17350 17367 17397 17505 17567 17687 17864 17882 17931.
Die Auszahlung erfolgt durch
Eberhard Geher, Karlsruhe i. B., Ostendstr. 6.

**Staatstechnikum
Badische Höhere Technische Lehranstalt
Karlsruhe**
Anmeldungen zum Besuch der Anstalt im bevorstehenden Winter-Studienhalbjahr spätestens bis zum 15. Juni 1928 an die Direktion schriftlich zu richten.
Aufnahme- und Nachprüfungen finden am 15., 16. und 17. Oktober 1928 statt.
Die Einweisung der Studierenden ist am Donnerstag, den 18. Oktober 1928, vormittags 10 Uhr.
Der Unterricht wird Donnerstag, den 18. Oktober 1928, nachmittags 2 Uhr, eröffnet.
Alles Nähere ist aus dem Programm ersichtlich, das gegen Voreinsendung einer Gebühr von 50 Pf. zugänglich Porto, erhältlich ist.
Karlsruhe, im Mai 1928.
Die Direktion:
Paulsen.

Zum Eröffnungstermin am Mittwoch, den 23. Mai 1928, vormittags 10¹/₂ Uhr, sind die Angebote verschlossen, postfrei und mit entsprechender Aufschrift versehen, hierher einzureichen. Zuschlagsfrist für die Pflasterarbeiten 4 Wochen, für die Kanalisation, Zementrohr- und Randsteinlieferung 14 Tage.
Pforzheim, 10. Mai 1928.
Bad. Wasser- und Straßenbauamt.
Gengenbach, N. 55
Vereinsregister Band I O. B. 24. Verkehrs- und Verschönerungsverein Gengenbach, Gengenbach, 30. April 1928. Amtsgericht.
Weinheim, N. 54
In das Vereinsregister O. B. 47 wurde eingetragen: Arbeiter-Turn- und Sportverein 1902 Weinheim. Weinheim, 5. Mai 1928. Amtsgericht I.

**Südwestliche
Baugewerks-Berufsgenossenschaft
Karlsruhe.**

Bekanntmachung.
Betr.: Wahl des Genossenschaftsvorstandes.
Nachdem bis zum festgelegten Termin, d. h. bis zum 4. Mai 1928 keine weiteren Vorschlagslisten seitens der hierzu berechtigten Arbeitgeberverbände eingereicht worden sind, gelten gemäß § 9 und 25 der Wahlordnung unserer Berufsgenossenschaft die in der vom Wahlvorstand aufgelegten Vorschlagsliste bezeichneten Bewerber als gewählt.
Die auf Donnerstag, den 31. Mai 1928, vormittags 11 Uhr, im Verwaltungsgebäude in Karlsruhe, Kriegsstraße 35, angesetzte Wahlhandlung findet demnach nicht statt.
Karlsruhe, den 9. Mai 1928.
Der Wahlvorstand:
E. Trier, Vorsitzender.

**Südwestliche
Baugewerks-Berufsgenossenschaft
Karlsruhe.**

Bekanntmachung.
Betr.: Wahl des Genossenschaftsvorstandes.
Gemäß § 19 und 27 der Wahlordnung unserer Berufsgenossenschaft machen wir nachstehend das Ergebnis der Neuwahl des Genossenschaftsvorstandes bekannt. Mit Amtsdauer vom 1. Januar 1928 bis 31. Dezember 1932 sind gewählt:
a) als Mitglieder des Genossenschaftsvorstandes:
1. Carl Trier, Baumeister in Karlsruhe.
2. Ludwig Mayer, Baumeister in Freiburg.
3. Carl Friedrich Schmidt, Baumeister in Heidelberg.
4. Karl Oberle, Malermeister in Karlsruhe.
5. Ferdinand Dold, Baumeister in Karlsruhe.
6. Emil Schandelmeyer, Baumeister in Freiburg.
7. Johann Hellwig, Malermeister in Mannheim.
8. Karl Fritz, Malermeister in Mannheim.
9. Dipl.-Ing. Friedrich Hoffmann, Baumeister in Mannheim.
b) als Ersatzmänner:
1. Heinrich Stiffenhöfer, Baumeister in Heidelberg.
2. Karl Beater, Baumeister in Baden-Baden.
3. Josef Zimmermann, Baumeister in Freiburg.
4. Johann Mohr, Baumeister in Heidelberg.
5. Friedrich Kenyer, Dachdeckermeister in Karlsruhe.
6. Josef Weinmann, Gipfermeister in Freiburg.
7. Karl Kieberle, Steinhauemeister in Mühl.
8. Friedrich Rheinacker, Spenglermeister in Mannheim.
9. Rudolf Kempter, Blechnernmeister in Rheinfelden.
Karlsruhe, den 9. Mai 1928.
Der Genossenschaftsvorstand:
E. Trier. 575

Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft, Sektion IV.

Einladung.

Mit Bezugnahme auf die Vorschriften des § 22 der Satzung werden die Mitglieder der Sektion hierdurch zu der am
**Freitag, den 25. Mai 1928,
nachmittags 2 Uhr,**
in Freiburg i. B., Sitzungszimmer der Handelskammer, Wilhelmstraße 26, stattfindenden
**42. ordentlichen
Sektions-Versammlung**
erhalten einzuladen.
Tagesordnung:
1. Verwaltungsbericht für 1927.
2. Rechnungsablage für 1927.
3. Aufstellung des Voranschlags für 1929.
4. Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses für 1928.
5. Sonstiges. Anfragen aus dem Kreise der Mitglieder.
Als Ausweis dient der Mitgliedschein; Bevollmächtigte haben sich durch schriftliche Vollmachten auszuweisen.
Den an der Sektionsversammlung nicht teilnehmenden Mitgliedern wird der Verwaltungsbericht, soweit vorrätig, auf Antrag als Drucksache zugesandt.
Mannheim, den 7. Mai 1928.
Der Sektionsvorstand:
Dr. Dreht, Vorsitzender.

**Städtische Sparkasse Reuchen
Öffentliche Sparkasse.**

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	M.	Verbindlichkeiten.	M.
1. Kassenbestand	27 546,76	1. Spareinlagen	318 132,21
2. Guthaben bei Girozentrale, Postsparkamt und Reichsbank	21 682,82	2. Giroeinlagen	74 903,60
3. Darlehen auf Hypothek	151 969,12	3. Anlehens- und sonstige Schulden	96 741,67
4. Darlehen in laufender Rechnung	192 259,49	4. Ausgaberrückstände	506,94
5. Darlehen a. Schuldschein gegen Bürgschaft	101 142,65	5. Rücklagen	24 008,—
6. Aufwertung	3 511,77	6. Reingewinn v. Jahre 1927	5 367,47
7. Einnahmerückstände	10 047,28		
8. Gerätschaften	1 500,—		
	509 659,89		509 659,89

Berechnung der Rücklage.
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 393 036,81 M Einlagen = 31 442,80 M
Sie beträgt auf Schlus des Jahres 1927 = 29 375,47 M
Somit weniger = 2 067,33 M
Reuchen, den 26. April 1928. N. 64
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: gez. Schmidt, Bürgermeister. Der Geschäftsleiter: gez. Walz.

N. 74. Bruchsal. Über das Vermögen der Firma Heinrich Engler, Inhaber Friedrich Wilhelm Engler in Bruchsal, wurde heute am 7. Mai 1928, vormittags 9 Uhr das Konkursverfahren eröffnet, da die Gemeinschuldnerin ihre Zahlungen eingestellt hat und zahlungsunfähig geworden ist.
Der Rechtsanwält Schmitt in Bruchsal wurde zum Konkursverwalter ernannt.
Anmeldedfrist: 6. Juni 28.
Erste Gläubigerversammlung und Prüfungsstermin: Mittwoch, den 13. Juni 1928, vormittags 9 Uhr.
Offener Arrest und Angezeigfrist: 6. Juni 28.
Bruchsal, den 7. Mai 1928.
Amtsgericht II.
Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle.
N. 70. Offenburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Restaurateurs Georg Künstler in

Offenburg, jetzt in Karlsruhe, ist Kerzin zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschließung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke bestimmt auf: Freitag, den 8. Juni 1928, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Offenburg, Zimmer Nr. 6.
Offenburg, 7. Mai 1928.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts Abt. II.
Pflasterung, Kanalisation, Zementrohr- u. Randsteinlieferung an Landstraße Nr. 12 in Gondelsheim.
Wir vergeben im öffentlichen Wettbewerb nach Maßgabe der Verordnung des Finanzministeriums vom 27. Juli 1922 und 22. Juni 1926:
A. 1. Pflasterarbeiten rd. 4000 qm Kleinpflaster, 2. Gehwegherstellung rd. 600 qm
3. Randsteinlegen rd. 900 lfd. m;
B. Kanalisation rd. 170 lfd. m nebst Kiesfängen und Schächten.
C. Zementrohrlieferung, Etprofil 50/75 cm l. B. = 156 lfd. m, Zementrohrlieferung, Kreisprofil 30 cm l. B. = 16 lfd. m;
D. Randsteinlieferung, Basaltin (Kunststein) oder Granit 900 lfd. m zur Pflasterung der Landstraße Nr. 12, Gehweganlage und Befestigung der Quertenne in Gondelsheim.
Die Bedingungen und Pläne liegen auf unserem Geschäftszimmer in Pforzheim, Schulbergstraße Nr. 2 zur Einsicht auf, wo auch Angebotsvorzüge & Preise von 50 Pf. pro Seite bis zum 22. Mai 1928 erhältlich sind.

Badisches Landestheater
Freitag, den 11. Mai * F 27 (Freitagmiete). Th.-Gem. 401—600
Zum erstenmal
Cassandra
von Vittorio Gnechi
Rusikalische Leitung: Josef Strips
In Szene gesetzt von Otto Krauß
Beolagus Beytrauch
Agamemnon Witt
Klytaimnestra v. Hartung
Cassandra Estrad
Aegist Rühr
Elektra Sofor
Orest Dennig
Schiffer Vogel
Wächter Löfer
Schiffner Köfer
Aufgang 20 Ende geg. 22
I. Rang und I. Stütz 7 M
Sa., 12. Mai: Zum erstenmal: Othobertag. So., 13. Mai: Die verkaufte Braut. Im Konzertsaal: Spiel im Schloß.

COLOSSEUM
Vom 1.—15. Mai täglich 8 Uhr abends Sonntag nachmittags 4 und abends 8 Uhr
Brasilianische Revue
Sascha Morgowa